

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1. H. 1 Pf. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Herford, Dornhausen u. Umt. 20 Pf., sonst 30 Pf. Kleinzeile f. den Rest des Reichs 1 M.

General-Anzeiger für Stadt und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Landkreis Herford

Nr. 68.

Herford, Donnerstag, den 21. März

1918

Das holländische Volk ist entrüstet über die Gewaltmaßnahmen der Entente.

Wtb. Haag, 19. März. In der zweiten Kammer erklärte der Führer der christlich-historischen Partei de Savornin Lohmann, daß er erlaube sei über die Erklärung der Regierung, welche im Widerspruch mit den Reitererklärungen über die Forderungen der Alliierten stehe. Die Regierung spreche von einer Vereinbarung, aber wenn man mit einem Kompromiß zu tun habe, so spreche man nicht von Forderungen, sondern von Bedingungen. Er fragte, ob die Regierung einem Zwange gewichen sei, ferner, warum die Regierung von Deutschland 100 000 Tonnen Weizen innerhalb zweier Monate gefordert habe, während aus den Erklärungen des Landwirtschaftsministers hervorgehe, daß die Niederlande noch bis zum Juli oder August Brot hätten. Warum gebe die Regierung Rechte des niederländischen Volkes preis, ohne mit den Generalstaaten verhandelt zu haben. Unser Volk ist nicht so entartet, daß es nicht Not und Mangel vorziehen würde, um seine Unabhängigkeit zu retten. Der Redner glaubt, daß die Regierung mehr an die Interessen der Niederlande als an den Gewinn habe, die ihre Handelsaufrechterhaltung. Wir haben nichts gewonnen, sondern nur verloren, indem wir in dieser Weise handelten. Wir verlieren unser Recht auf Entschädigung von verlorenen Schiffen. Die liberale Unionist Rijkman Groenou erklärte, daß die Zukunft ist außerordentlich dunkel, aber wir empfinden noch schmerzlicher die Verletzung unseres nationalen Gefühls. Die entrüsteten Proteste unserer Presse geben das Gefühl unseres Volkes wieder. Die Alliierten haben ihr Bestes getan, uns den Mittelmeerraum in die Arme zu treiben. Der Redner will die Regierung nicht kritisieren, die besser als je Kammer die Motive für ihre Entscheidung kennt. Die Verantwortung ruhe bei der Regierung. — Der gemäßigtere Liberale Knobel protestiert gegen die Ungerechtigkeit, daß das niederländische Volk ertragen müsse. Unser Volk ist tief entrüstet über die Forderungen der Alliierten. Die Niederlande waren diese Maßnahmen der Alliierten in keiner Weise eine Ueberraschung nach der Haltung, die die Alliierten und die Vereinigten Staaten bisher angenommen hatten, aber jetzt scheinen sie ein schändliches Gewerbe zu haben. Reiter hätte es für nicht möglich gehalten, daß die Niederlande, daß diese Forderung kein Geheimnis sei. Die Haltung der Regierung sei eine Enttäuschung für die Niederlande, eine billige nur die Erklärung, daß die Regierung nicht weiter gehen könne. Der Redner fragte, was die Niederlande tun wollten, wenn die Alliierten die Forderungen der Regierung annehmen und Deutschland jedoch die niederländischen Schiffe, die mit Getreide kämen, beschlagnahmen. Er will wissen, ob die Alliierten gedroht haben, die niederländischen Schiffe ohne Gegenleistung von ihrer Seite zu requirieren.

Der Sozialist Troelstra sagte, die Erklärung der Regierung habe in weiten Kreisen des Volkes Empörung hervorgerufen. Er fügte aus: Man habe das Gefühl gehabt, die Regierung der Gewalt gewichen. Die letzten Mitteilungen des Ministers hätten diesen Eindruck bestätigt, aber es sei das Los der kleinen Völker der Gewalt zu weichen. Die traurige Wirklichkeit zwingt die Niederlande, sich zu beugen. Jeder haben die Niederlande sich gewiegt, an der Ungerechtigkeit mitschuldig zu sein und ihre Neutralität im strengsten Sinne aufrechtzuerhalten. Der Redner jagt, auszusprechen, daß die Regierung jetzt ihre Neutralität aufgeben habe. Er behält sich sein Urteil bis zu der Antwort der Regierung vor. Wie werde die Haltung den Mittelschichten gegenüber der Vereinbarung mit den Alliierten sein? Was Deutschland betreffe, so gehe das Abkommen zwischen diesem Lande und den Niederlanden am 1. März zu Ende. Der Redner schließt sich der Meinung Lohmanns an, daß die Bedingungen, die man Deutschland gestellt habe, den Niederlanden 100 000 T. Weizen innerhalb zweier Monate zu liefern, eine zu bestimmte gehen sei. Wenn die Niederlande noch bis zum August Getreide hätten, so sei es nicht notwendig, eine solche Menge zu stellen. Überdies sei es dem Redner zweifelhaft, ob die Niederlande die 100 000 Tonnen Weizen von den Alliierten bekommen würden. Es sei ihm sogar fraglich, ob die Alliierten die Bedingungen der niederländischen Regierung annehmen würden. Das holländische Volk also in der Frage der Lebensmittelversorgung keine ganze Hoffnung auf die Alliierten setzen, sondern versuchen, Getreide aus der Ukraine zu erhalten. Die Regierung muß daher in dieser Richtung weiter verhandeln. Die Interessen Deutschlands widersprechen einer vollständigen Unterstützung der Niederlande nicht. Deswegen wir Schritte tun, um Getreide von Deutschland zu erhalten. Der Redner ist der Ansicht, daß Deutschland in seine Rechte eintrifft, die Haltung der Niederlande gegen die Alliierten als tatsächliche Unterstützung in der Kriegführung zu betrachten. — Der liberale Unionist van der Meer erklärte, daß die Regierung in den Fragen der Kriegführung nicht in fortwährender Fühlung mit dem Parlament verfahren dürfe. Der antirevolutionäre Abgeordnete van der Meer erklärte, daß die Regierung nicht mit dem Parlament zusammengekommen habe. Die Handelskammer habe die Niederlande sei eine Schande für die Alliierten gegen die Regierung in einer Vereinbarung. Der Redner fragt, ob die Regierung in einer Vereinbarung mit dem Parlament zusammengekommen habe. Der Redner ist der Ansicht, daß die Regierung nicht mit dem Parlament zusammengekommen habe. Der Redner ist der Ansicht, daß die Regierung nicht mit dem Parlament zusammengekommen habe.

und von der Drohung einer so gut wie „Alliierten“-Zeitung (gewinnt ist der Telegraaf) unterstützt worden sei, nachgehe. Der Redner kritisierte die Darstellung der Taffacheln der Westminster „Gazette“, nach der die Niederlande als Feind vor den deutschen U-Booten ihre Flotte unterst in den amerikanischen Häfen liegen ließen. Der liberale Unionist van Doorn will sich nicht durch den ungünstigen Eindruck verleiten lassen. Warum sei die Kammer von einer vollzogene Tatsache gestiftet worden. Die Niederlande würden zu einem Friedenstand, wenn man weiter gehe. — Der Katholik Molens sagte, er glaube, das Hauptmotiv für diese Entscheidung der Regierung sei gewesen, dem Vorwurf zu entgehen, nicht jede Gelegenheit benutzt zu haben, um die ausreichende Einfuhr von Getreide zu sichern. Wenn die Regierung diese Möglichkeit vernachlässigt hätte, würde die Kammer der Regierung sicher Vorwürfe gemacht haben, wenn nach zwei oder drei Monaten das Getreide fehlen würde. Die Regierung habe die Neutralität durch ihre Entscheidung nicht verletzt, noch habe sie die Neutralität gefährdet. Er glaube lieber den Ministern als den Mitteilungen Reuters oder Wolffs über diese Fragen. — Der liberale Demokrat Meijer sagte, in jedem Falle könne die Regierung in der Nachgiebigkeit gegenüber den Alliierten nicht weitergehen. — Der Minister des Auswärtigen, Looijen, wird morgen antworten.

Wtb. Amsterdam, 19. März. „Allgemeines Handelsblatt“ schreibt: Die Aufnahme, die der Beschluß der Regierung, sich den Bedingungen der Alliierten zu unterwerfen, in der Presse der gesamten Niederlande gefunden hat, war aus einer angenehmen Überraschung. Wir hatten nicht hoffen dürfen, daß in unserem Lande so einstimmig die Ueberezeugung ist, daß es besser ist, große Opfer zu bringen, als auf diese Weise vor Drohungen zurückweichen, so einstimmig, mit einziger Ausnahme natürlich des „Telegraaf“, den wir nicht als nationales Blatt ansehen können. Wir freuen uns an der Ueberezeugung der nationalen Gefühls, das sich in der Entrüstung zeigt, welche die Nachgiebigkeit der Regierung überall hervorgerufen hat.

Wtb. Bern, 19. März. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu den Bedingungen der Entente gegenüber Holland: Das ist eine Vergewaltigung sonderbar. So springt man mit einem Gegner um, von dem man weiß, daß er nicht imstande ist, ernstlich Widerstand zu leisten. Was hat aber Holland dem mächtigen, furchtbaren England in den Weg gelegt? Beide kriegsführenden Parteien müssen zugeben, daß dieser Neutrale ebenbürtig ist, strenge Unparteilichkeit zu wahren, ebenso wie die Schweiz. Obwohl also Holland nicht verächtlich werden kann, geht England mit brutaler Rücksichtslosigkeit aus Werk und America unterstützt diesen Schritt, das selbe Amerika, von dem es hieß, daß es alles kann, den Krieg gewinnen und die Schiffsraumnot beheben. Wesen hat man sich danach zu versehen. Wir ändern schwachen Neutrale müssen auf der Hut sein, daß uns die Entente nicht, von ihrem Kriegsinteresse geleitet, ans Leben geht und uns durch Entziehung unserer Transportmittel unsere Lebensmittelversorgung ernst recht von ihrem Willen abhängig macht.

Wtb. London, 19. März. Reiter erzählt, daß der englischen Regierung bis heute nachmittag noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten zugegangen war. Es lag auch weder eine Bestätigung des britischen Gesandten in Haag, noch eine des niederländischen Gesandten in London vor, daß die niederländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Notifikation nach dem Haag geschickt worden, wonach die Alliierten mangels einer unabweisenden Annahme der Note der Alliierten zu einer sofortigen Beschlagnahme der Schiffe treten müßten. Das Telegramm aus Holland den Aufseher erwidert, als habe die Regierung der Niederlande die Note der Alliierten angenommen, so sollte von neuem betont werden, daß der bloße Versuch einer zögernden Annahme des modus vivendi vom vergangenen Januar seitens Holland der Sache nicht gerecht wird, da sich die Situation von Grund aus geändert hat.

Wtb. Amsterdam, 19. März. Auch die „Tijd“ wendet sich in einem scharfen Leitartikel gegen die Entscheidung der Regierung, den Alliierten nachzugeben, auch wenn diese drohen sollten, die niederländischen Schiffe zu beschlagnahmen und kein Getreide zu liefern.

Wtb. Haag, 20. März. Das „Korresp.-Büro“ erzählt: Wie der englische Gesandte dem Minister des Meereswesens, haben alle Handelschiffe, die englische Häfen anlaufen, den Namen des Schiffes in weißen Buchstaben auf schwarzem Grunde zu tragen. Der Name muß auf eine Entfernung von doppelter Schiffslänge lesbar sein. Alle Schiffe müssen an der Seite der Brücke eine größere zwei Lampen zeigen.

Wtb. London, 19. März. (Reuter.) Die „Times“ erzählt aus New-York vom 18. März: Die Behörden verschoben die Beschlagnahme der 700 000 Tonnen niederländischen Schiffsräume in amerikanischen Häfen. Der Ausschuss wurde aus Rücksicht gegen die niederländische Regierung beschaffen, um ihr noch etwas Zeit zu lassen, die Vereinbarungen über die Verwendung der niederländischen Schiffe durch die Alliierten zu unterzeichnen.

Wtb. Washington, 20. März. (Reuter.) Mit der Beschlagnahme der holländischen Schiffe in Amerika wird noch gewartet. Die Vorbereitungen seien abgeschlossen, um mit der Beschlagnahme im Augenblick des Eintreffens der holländischen Antwort zu beginnen. Wissen hat gestern den

Erlaß unterzeichnet, der die Beschlagnahme und die Gründe dafür bekannt gibt. Der Erlaß ist zur Herausgabe fertig.

Wtb. Amsterdam, 20. März. Die Niederländische Indische Presseagentur meldet aus Batavia, daß die niederländischen Schiffe in Singapur noch immer nicht ausfahren. Auch in Hongkong, Kalkutta, Penang und Colombo werden die holländischen Schiffe zurückgehalten.

Wtb. Berlin, 20. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Die Meldungen, daß die deutsche Kohlenzufuhr nach Holland eingestellt sei, sind, wie uns bestätigt wird, unrichtig.

Der Waffenstillstand mit Rumänien bis zum 22. März verlängert.

Wtb. Großes Hauptquartier, 20. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

und Seeresgruppe deutscher Kronprinz.

Zwischen der Küste und dem La Bassée-Kanal dauerte die rege Erkundungstätigkeit fort. Das in diesen Abhängen am Morgen ablaufende Artilleriefeuer nahm am Nachmittage wieder an Stärke zu.

An der übrigen Front lebte die Gefechtsfähigkeit nur in den Abendstunden südwestlich von Cambrai, zwischen Duse und Wille, nördlich von Verru an Bac und an einzelnen Stellen in der Champagne auf.

Seeresgruppe von Galtwitz und Herzog Albrecht.

Der Feuerkampf bei Verdun ging heftig weiter. Die beiderseitigen Artillerien bekämpften sich vielfach mit großem Munitionseinsatz. Nördlich von Bures brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene und Maschinengewehre ein. Starke Tätigkeit entwickelte der Feind am Paroy-Mais; das vom frühen Morgen an geleitete Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an.

Auch in den Abhängen von Blamont und Badoillier war die feindliche Artillerie rege.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Ukraine haben wir den Übergang zur Säuberung der von Olviopol nach Nordosten führenden Bahn vorgehende Truppen bei Nowo-Ukrainka stärkere Banden im Kampf vertrieben.

Der vertragsgemäß am 19. März abgelaufene Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis zum 22. März verlängert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Wtb. Berlin, 20. März, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Auch vor Verdun ließ der Artilleriekampf bei Nacht an Regem an Heftigkeit nach.

Der Wiener Bericht.

Wtb. Wien, 20. März. Amtlich wird verlautbart:

Keine wesentlichen Kampfhandlungen.

Der Waffenstillstand mit Rumänien ist bis zum 22. März verlängert.

Der Chef des Generalstabes.

Der U-Boot-Bericht.

Wtb. Berlin, 19. März. (Amtlich.) Neue U-Boote auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 T. Reg.-Lo. Ein tiefbeladener Dampfer wurde an der estnischen Ostküste aus starkem Feuer herausgeholt. Ein anderer Dampfer, wahrscheinlich ein Munitionsschiff, sank augenblicklich nach der Torpedobombardierung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wtb. Berlin, 20. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, ist die von feindlichen Nachrichtenagenturen verbreitete Meldung, daß die in Chile landete Mannschaft des Hilfskreuzers „Goeben“ von der chilenischen Regierung interniert worden seien, unzutreffend. Die Mannschaft befindet sich vielmehr auf freiem Fuß und sind in bis zur Klärung der mit ihrer weiteren Behandlung zusammenhängenden Rechtsfragen unter behörlicher Aufsicht gestellt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. März.

Die Reichstags-Sitzung am Mittwoch begann erst gegen 3 1/2 Uhr. Der Anfang hatte sich durch die Sitzung des Reichstagsausschusses verzögert, der die Arbeitsdispositionen abstrakte. Der Donnerstag wird nun freigegeben bleiben, dafür wird der Reichstag noch Freitag und Sonnabend, vielleicht auch noch am nächsten Tage tagen. Der Grund ist die Ausfuhrfähigkeit, mit der sich der Hauptausschuß mit dem russischen Friedensvertrag beschäftigt und seine Forderung nach weiterer Material.

Dann ging der Reichstag zu dem Falle Daimler, bezw. zu den Anträgen des Hauptausschusses über, die den Reichstag ermächtigen wollen, in sämtlichen für den Seeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Preisberechnung maßgebende Unterlagen überwachen zu lassen. Ferner sollen bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen Preisprüfungsstellen eingerichtet werden.

Der Abg. Erzberger würdigte die glänzenden Leistungen der deutschen Industrie und machte eigentlich in erster Linie die Seeresverwaltung für das Gelingen verantwortlich, die nicht rechtzeitig den Seereslieferanten auf die Finger gesehen habe, und auch jetzt noch keine Anstalten treffe, die Uebergangswirtschaft mit einer allmählichen Rückbildung der Preise in die Wege zu leiten. Im Fall Daimler seien die öffentlichen Erklärungen der Seeresverwaltung ebenfalls irreführend gewesen, wie die des Herrn von Behr-Winnow. Leider gebe es nicht nur einen Daimler. Und vor allen Dingen sei die Gebühre bewundernswert, mit der sich die Seeresverwaltung drei volle Jahre mit der Daimlergesellschaft herumgestritten habe, ehe sie die verlangten Reaktionen — nicht erhielt.

Noch schärfere Töne schlug natürlich der Abg. Moske an, der die Vorgänge bei Daimler ein schamloses Bewunderungs- und Empressungssystem nannte, und von ihm auf die Kriegsgewinnler im allgemeinen exemplifizierte, die im Golde schwämmen und stets bereit seien, neue Hundstauende von Menschenleben zu opfern, wenn nur das Geschäft weiter blühe.

Die Seeresverwaltung wurde, wenn man so sagen darf, verteidigt durch die Generale v. Wriesberg und v. Couppelle. Der letztere schilderte die Einrichtung der Beschaffungsstellen, die bei Kriegsbeginn angelegt worden seien, und von ihm auf die Kriegsgewinnler im allgemeinen exemplifizierte, die im Golde schwämmen und stets bereit seien, neue Hundstauende von Menschenleben zu opfern, wenn nur das Geschäft weiter blühe.

Die Debatte ging dann noch weiter und zog sich bis in die achte Abendstunde hin. Der Vorsitzende Dr. Gothein sah die wichtigste Ursache der jetzigen Zustände in der Kriegsindustrie darin, daß im Frieden alle Seereslieferungen nur einem beschränkten Kreise von Industriellen zugeschoben worden seien. Er rügte weiter, daß einzelne Industriellen bereits Beamte der Kriegsmarine und Kriegsgesellschaften mit hohen Gehältern für die Zeit nach dem Kriege engagiert hätten. Das grenze an Vorsehung.

Nach weiterer Debatte vertagte sich das Haus auf Freitag 12 Uhr.

Wtb. Berlin, 20. März. Der Beschluß des Hauptausschusses des Reichstags, beim Plenum dahin zu wirken, daß im Interesse der Vorbereitung des Friedensvertrages Donnerstag keine Sitzung der Volksversammlung anberaumt werde, hat den Reichstag veranlaßt, sich erneut über die Geschäftslage zu besprechen. Es wurde eine Einigkeit dahin erzielt:

Dem Beschluß des Hauptausschusses wird Rechnung getragen. Die Sitzung am Freitag beginnt um 12 Uhr mit der Tagesordnung: 2. evtl. 3. Lesung des Notstands, 3. Lesung der Kreditvorlage, 2. Lesung der Friedensverträge. Sonnabend 3. Lesung der Friedensverträge, außerdem Kriegszulage zu den Gerichtskosten, Neubau der Reichsgeldverwaltung.

Am Sonnabend dieser Woche beginnt die Osterpause, deren Dauer um 8 Tage bis zum 16. April verlängert wurde.

Berlin, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Hauptausschuß des Reichstages genehmigte heute den Nachtragset für den Neubau der Reichsgeldverwaltung von 8,5 Mill. Mark. Bei der Erörterung der Friedensverträge erklärte Abg. Erzberger um Aufschluß darüber, wie die Reichsleitung sich gegenüber dem Druck der Entente auf Holland zu verhalten gedenke. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde die Aussprache, bei der Unterstaatssekretär v. d. Busche Auskunft gab, für vertraulich erklärt.

Wtb. Berlin, 20. März. Im Hauptausschuß erklärte bei der Beratung des Friedensvertrages mit Ausland ein Vertreter des auswärtigen Amtes:

Die Entscheidung über die Eigentumsrechte an dem ehemaligen russischen Staatseigentum sei noch vorbehalten. Unterstaatssekretär v. d. Busche teilte mit, eine Abordnung des kaiserlichen Landrats werde am 22. März in Berlin eintreffen.

Zum Explosionsunglück bei Paris.

Genf, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem der Ministerialrat gestern früh einen Gesandten entsandt hatte, um die Entschädigung für die durch die Explosion der Werksstätten entstandenen Zerstörungen, verlangte der Minister des Innern am Nachmittage in der Kammer einen dringlichen Kredit von 5 Millionen Franken für die Opfer der letzten Explosion.

Der Sozialdemokrat Bauler hielt diese Forderung für ganz ungenügend angesichts der Zahl der Opfer, und verlangte 20 Mill. Die Kammer lehnte das mit 389 gegen 155 Stimmen ab und nahm die 5 Mill. an, nachdem der Finanzminister Alog erklärt hatte, daß es sich um die dringlichsten Bedürfnisse handele. Der Sozialdemokrat Bauler interpellierte jedoch die Regierung wegen des Explosionsunglücks. Er betonte, daß das Bombenlager 1918 angelegt worden und für eine halbe Million Franken bestimmt wurde. Tatsächlich habe es 15 Millionen enthalten. Das Bombenlager habe wiederholt die Regierung auf die Gefahr aufmerksam gemacht, und es sei geradezu übersehen worden, daß die Bombenlager nicht getrocknet hätten.

Der Redner verlangte eine strenge Untersuchung und Verhaftung der Schuldigen. Der Abg. v. Wriesberg erklärte, daß die Regierung eine Antwort, befristet die Ueberlieferung der Anlagen, verweigerte. Der Redner erklärte, daß die Regierung die Verantwortung über die Explosionen auf sich zu nehmen habe.

Die Kammer nahm dann mit 389 gegen 155 Stimmen eine Beschlusse an, die das Vertrauen ausdrückt, daß die Regierung die Verantwortung über die Explosionen auf sich zu nehmen habe.

Verantwoording
xford.

